

BREMER AKTION

Zeitung der FAU-IAA Bremen

Nr.4 - Mai 2002

INHALT:

- *Klassenkampf von oben gegen Erwerbslose
- *Korruption in der Bremer Bürgerschaft
- *Internationale Solidaritätskonferenz i'02



Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums – gegen Erwerbslosigkeit und Armut

Die Arroganz der Mächtigen ist in den letzten Tagen wieder überdeutlich geworden. So hat der Präsident des Deutschen Industrie – und Handelskammertages (DIHK), Ludwig Georg Braun vor kurzem gefordert, dass „Arbeitslose“ unter Dreißig Jahren nur noch sechs Wochen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben sollten, schließlich seien sie jung und könnten jede Arbeit annehmen. Und der neue Chef des Arbeitsamtes, der sich selbst gerne als „Manager“ sehende Florian Gerster (SPD), möchte das Arbeitslosengeld für alte Menschen „stufenweise“ absenken, da diese sowieso keine Arbeit finden würden und generell die Arbeitslosenhilfe der Sozialhilfe angleichen. Und weil der Kapitalismus überhaupt keine Hemmungen kennt, sollen „private Arbeitsvermittler“ jetzt mit mehreren tausend Euro für eine vermittelte Stelle von den Arbeitssuchenden selbst bezahlt werden! Darauf hat sich jetzt die von der rot-grünen Bundesregierung einberufene sog. „Reform-Kommission für die Bundesanstalt für Arbeit“ geeinigt. Das Gesetz soll am 1. April 2002 in Kraft treten. Profit aus der Armut schlagen wird Gesetz. Da rundet das Auffliegen der gefälschten Vermittlungsstatistiken der Arbeitsämter - als ob das nicht schon seit Jahren klar war - den Gesamteindruck nur noch ab.



Mr. Burns vom Arbeitsamt

... und in Bremen

Das sind die aktuellen bundespolitischen Highlights, die ihre Auswirkungen auch auf uns in Bremen haben werden. Wir wissen wie es ist, kein Geld für eine Fahrkarte, neue Schuhe und Lebensmittel zu haben. Wir wissen wie es ist, von den „lieben“ SachbearbeiterInnen, die sich ja an ihre „Vorgaben“ halten müssen, auf den Arbeits- und Sozialämtern und bei der Bremer Arbeit GmbH behandelt zu werden. Das Abschieben und Ausbeuten von KollegInnen in niedrigstbezahlten Bereichen der Lohnarbeit, wie z.B. des Projektes „Blitz-Blaank Buntentor“ und die in Bremen in den letzten Jahren deutlichst zugenommene Reduzierung und Streichung von Sozialhilfe sind Teile des Angriffs auf die Existenz Erwerbsloser, Kranker und Alter. So wurde 1997 18 mal die Sozialhilfe gestrichen und 2001 bereits 89 mal. Der aktuelle Stand der Streichungen dürfte nochmals höher liegen. Zusätzlich sind Ermittler unter der Bezeichnung „Fall-Manager“ der Sozialämter im Einsatz, deren Schwerpunkte in den Bereichen „Mieten“, „Einmaligen Leistungen“ und „qualifizierte Beratung“ liegen. Sind die ersten beiden Arbeitsgruppen für die direkte Kürzung von Leistungen im Einsatz, veranstalten „Hausbesuche und Begehungen“ und sprechen mit den Vermietern, so ist die Arbeitsgruppe „qualifizierte Beratung“ für die „Vermittlung“ in niedrigst bezahlte Bereiche der Lohnarbeit zuständig. SozialhilfeempfängerInnen sollen jeden Scheiss-Job annehmen und für 1 Euro zusätzlich Hundescheisse, Kippen und anderen Dreck wegputzen.

Damit nicht genug: Die Preise für Lebensmittel und Wohnen sind gestiegen, und die Preise für Medikamente, Bahnfahrten usw. ebenfalls. Den Reichen, den PolitikerInnen und den Konzernen geht's dagegen richtig prächig.

Liebe Leserinnen und Leser,

nach langer Zeit erscheint nun
die Bremer Aktion –
die Zeitung der Freien
Arbeiterinnen und Arbeiter
Union – Lokalföderation
Bremen wieder.

In dieser Ausgabe findet ihr
Beiträge zu den Schikanen
gegen Erwerbslose, zu den
jüngsten
Korruptionsgeschichten aus
der Bürgerschaft, zum von der
Verdener Staatsanwaltschaft
angestrebten
Revisionsverfahren gegen den
gefangenen Erwerbslosen
Werner Bräuner und unser
innig geliebter Innensenator
darf natürlich auch nicht
fehlen.

Über Anregungen und Kritik
freuen wir uns immer. Und
wenn ihr eine Schweinerei
entdeckt oder in einem
selbstorganisierten
Arbeitskampf steht, haben wir
immer ein offenes Ohr.
Probleme aus dem
Arbeitsalltag, mit den „Chefs“
oder den Ämtern sind uns
nicht unbekannt und ihre
Bekämpfung ein Schwerpunkt
unseres anarcho-
syndikalistischen
Gewerkschaftsverständnisses.

In diesem Sinne:
Solidarität ist eine Waffe!

Die Redaktion der
Bremer Aktion.

Hunger kennen sie nicht, und die Stromrechnung ist ein Witz im Vergleich zu dem, was sie im Casino verspielen.

Die Lösung liegt anderswo

Dieses System, der Kapitalismus ist am Ende ! Er kann ein lebenswürdiges, menschliches Leben nicht gewährleisten. Er kennt nur die nackte Repression, Ausbeutung und Unterwerfung, besonders der „Mittelkürzung“ und Streichung von „Bezügen“ gegen Erwerbslose und Arme und Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Der Kapitalismus ist ein grundsätzlich menschenfeindliches System.

Es ist vergeudete Energie, Erwartungen in die Versprechungen

Revisionsverfahren gegen Werner Bräuner Erwerbsloser soll erneut angeklagt werden

Gegen den in Verden inhaftierten Erwerbslosen Werner Bräuner wird ein Revisionsverfahren durch die Staatsanwaltschaft Verden vorbereitet.

Der in deutschen und französischen Erwerbslosengruppen aktive Werner (48) hatte nach 9 Jahren Erwerbslosigkeit und Armut, den Verdener Arbeitsamtdirektor Klaus Herzberg am 6. Februar 2001 erstochen, nachdem dieser ihm die Arbeitslosenhilfe strich. In einem international beachteten Prozess erklärte Werner während der Verhandlung seine Gründe für die Tat und wies Vorwürfe der Staatsanwaltschaft und des Gerichts zurück, vorsätzlich und in Mord-Absicht gehandelt zu haben und mit seiner Tat ein politisches Fanal zu setzen. Werner wurde – auch auf Grund eines psychiatrischen Gutachtens zu 12 Jahren Knast wegen Totschlags verurteilt. In einem offenen Brief vom 17. März 2002 informiert Werner die Öffentlichkeit darüber, dass die Staatsanwaltschaft Verden und der Generalbundesanwalt ein Revisionsverfahren eingeleitet haben, um Werner wegen „vorsätzlichen Mordes“ anzuklagen und das Strafmaß dadurch zu erhöhen. Sie möchten, dass Werner im Knast alt wird.



der PolitikerInnen zu setzen. Für jeden denkenden Menschen ist es überdeutlich dass dieses System keine Alternative bietet. Das es mit dem Leben hier beständig den Bach runter geht und der Existenzkampf härter wird. Wenn wir ein gutes, freies und sozial abgesichertes Leben genießen möchten, und uns den Spaß am Leben nicht vermiesen lassen wollen, dann ist es falsch eine der Lügen-Parteien zu wählen. Denn sie verarschen uns, wie sie es immer getan haben. Ändern wird sich nur etwas, wenn wir gemeinsam dafür kämpfen, jede und jeder solidarisch und bewusst. Wenn wir wirklich frei und ohne Armut Leben wollen müssen wir uns dieses Leben nehmen und erkämpfen – geschenkt bekommen wir es nicht. Solidarität, direkte Aktion ohne Stellvertreter – das sind unsere Druckmittel um unser Leben zu verbessern, uns zu unterstützen, Ungerechtigkeiten zu bekämpfen und Forderungen durchzusetzen

Ein Revisionsverfahren das Werner und sein Anwalt anstrebten, um das Strafmaß zu senken, wurde abgelehnt.

Die Staatsanwaltschaft hat mittlerweile zum wiederholten male die ehem.

Lebensgefährtin von

Werner verhört.

Werner schreibt:

„Ohne öffent-

liche Kontrolle

wird das

Establishment

seinem blinden

Bedürfnis nach

Rache und Paranoia

freien Lauf lassen

können. Bitte helft mir“.

Weiter berichtet Werner in

seinem Brief, über den

Versuch, ihn in der

deutschen Erwerbs-

losenbewegung und

Linken zu verleumden.

Wer den Brief in voller

Länge lesen mag, kann ihn über die Redaktionsanschrift anfordern oder auf der Internet-Seite des FAU-SLE Bremen lesen.

Wer Werner schreiben mag, kann dies unter folgender Adresse tun:

Werner Bräuner

c/o JVA

Stifhofstr. 10

27283 Verden

Weitere Informationen und Texte von Werner finden sich auf der Solidaritätshomepage:
<http://werner.braeuner.freeservers.com>

Wir Erwerbslose sind viele und werden jeden Tag mehr. Zusammen mit den Arbeitenden und den Lernenden können wir eine andere Zukunft erkämpfen wenn wir uns zusammenschließen und organisieren !

Selbstorganisation statt Stellvertreterpolitik
Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums –
Reiche enteignen

Kostenlose Gesundheitsversorgung
Solidarität gegen rassistische,
frauenverachtende und staatliche Ausgrenzung
und Diskriminierung

Für unsere Würde und Selbstbestimmung

Für eine freie, selbstverwaltete und
herrschaftslose Gesellschaft

Syndikat der Lohnabhängigen und Erwerbslosen (SLE-FAU)

in der Lokalföderation Bremen der Freien
Arbeiterinnen und Arbeiter Union (FAU-IAA)

Internationale Solidaritätskonferenz I2002

Im Juni 1999 trafen sich in San Francisco (USA) ArbeiterInnen aus anarcho-syndikalistischen, revolutionär-syndikalistischen und unionistischen Organisationen vieler Länder zur Internationalen Solidaritätskonferenz i99. Sie tauschten vier Tage lang ihre Erfahrungen aus und diskutierten u.a. über den Kampf gegen die Weltbank, ebenso wie über die Verbindung von ArbeiterInnen-Kämpfen mit solchen zum Thema Umweltschutz und gegen die Armut. Besonders wichtig aber waren die Diskussionen über einen verbesserten internationalen Austausch zwischen den beteiligten ArbeiterInnen.

Heute, drei Jahre danach, möchten wir diesen Faden weiterspinnen und euch zu einem Nachfolgetreffen, dem i2002 einladen. Vom 29. August bis zum 1. September 2002 wollen wir in Essen, die Diskussionen, die wir in San Francisco begonnen haben, weiterführen und intensivieren. Die kapitalistische Globalisierung, die bereits auf dem i99 Gesprächsthema war, ist in den letzten zwei Jahren – u.a. durch die Demonstrationen in Seattle, Quebec, Prag, Göteborg und Genua – aber besonders durch die Verschlechterung der eigenen Lage ins Bewusstsein vieler ArbeiterInnen gerückt, der Widerstand gegen die kapitalistische Ausbeutung wächst weltweit.

Wir wollen auf dem i2002 darüber diskutieren, wie wir unsere gewerkschaftlichen Kämpfe weltweit besser koordinieren können und wie wir unsere reichhaltigen Erfahrungen selbst organisierter Kämpfe gegen kapitalistische Ausbeutung und staatliche Bevormundung anderen ArbeiterInnen rund um den Globus zugänglich machen können. Daneben wollen wir wieder dem konkreten Erfahrungsaustausch
(Fortsetzung nächste Seite Marginalspalte)

Korruption in der Bürgerschaft

(Fortsetzung von Seite 2)

Bauvergabe auf bremerisch

Als im März diesen Jahres die Bremer Grünen in der Bürgerschaft die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses forderten, um die Immobiliengeschäfte der Stadt zu durchleuchten, zeigte sich mal wieder das beste Beispiel der Bremer Zwangsjackenpolitik. Den Kopf in den Sand stecken und abwarten bis das Gewitter vorüber ist - oder noch besser - einfach ignorieren.

Die Einrichtung des Ausschusses, der Verstöße gegen die Korruptionsrichtlinien aufklären soll, ließe sich in der Bürgerschaft nur mit Hilfe der Koalition bewerkstelligen. Diese machte auch dabei keinen Hehl daraus, das ihr das ganze als ziemlich überflüssig vorkommt. Obwohl die Fakten für sich sprechen und es die Spatzen schon seit Jahren von den Dächern pfeifen, hatten CDU und SPD die Sache lieber in einer kleinen Fragestunde verkommen lassen.

Der Verdacht der Grundstücksschieberreie bei einigen Gebäuden der Stadt hat sich schon so tief begründet, das sogar schon die Staatsanwaltschaft gegen die Bauwirtschaft ermittelt.



Weserstadion

Das es sich dabei nicht mehr um Kavaliersdelikte handelt, sondern um pure Abzockerei auf Kosten der Bevölkerung lässt sich immer wieder feststellen. So wurde zum Beispiel beim Ostkurvenbau im Weserstadion vom Abteilungsleiter des Baurechts, Prof. Gottfried Zanke sein private Renovierung zu 1/3 gleich mitabgerechnet. In Zahlen ausgedrückt sind das mal eben 350 000 Mark oder 179 488 Euro. Da die Staatsanwaltschaft noch wegen Vorteilsnahme ermittelt (nach §331 Strafgesetzbuch, Für die Dienstaübung einen Vorteil für sich oder einen Dritten fordern, sich versprechen lassen oder annehmen) kann man schon im voraus erahnen das es sich dabei nur um die Spitze des Eisberges handelt. Auf jeden Fall hat die Kripo bei den Beteiligten eine Hausdurchsuchung durchgeführt was eventuell endlich Licht in das Ganze bringt.

Alte Polizeihause

Des weiteren gab es bei dem Verkauf des alten Polizeihauses Am Wall Ungereimtheiten, die sich nur durch interne Absprachen erklären lassen. Oder wie lässt sich sonst erklären, das nicht der meistbietende den Zuschlag für das Gebäude bekommen hat, sondern die Firma Zech-Bau, die

1 Million • weniger geboten hatte. Aber diese Bremer Firma wird fast immer da erwähnt, wo es zu Ungereimtheiten kommt. So ist der Vertrag dann mit der Begründung zustande gekommen, dass die Firma Zech-Bau ein besseres Konzept zur Belebung der Innenstadt vorgelegt hätte. Was auch kein Problem ist, wenn anscheinend von den anbotseingebenden Firmen nur die Firma Zech-Bau wusste, dass die Stadtbibliothek in das Gebäude als Mieter einziehen will.

Bahnhofvorplatz

Um so Fragwürdiger ist, nach dem diese Fälle schon der Öffentlichkeit bekannt waren, das trotzdem der Bahnhofvorplatz an die Bietergemeinschaft Justus Grosse / BREBAU / Zechbau verkauft wurde. Und das weit unter dem vom Finanzressort angestrebten Preis. So sprach man am Anfang der Planung noch von ca. 12 Millionen • . Nachdem der Zuschlag erfolgte, waren es nur noch 7 Millionen • die als Kaufpreis für die Bietergemeinschaft angesetzt wurden. Die von der Stadt zur Ausschreibung beauftragte Firma BIG (Bremer Investitionen-Gesellschaft) war genauso schon in den Korruptionsverdacht um das Weserstadion verwickelt, sodass es auch hier zur Hausdurchsuchung seitens der Kripo kam.

Fazit

Insgesamt wurde bei 19 Objekten in Bremen die Staatsanwaltschaft aktiv und so kann es sich hier nicht mehr um Einzelfälle handeln. Das Bremer Unding, das Ausschreibungen von Gebäuden entweder beschränkt (das heißt nur einem Kreis von ausgewählten Leuten) oder gar nicht öffentlich ausgeschrieben (Freihändige Vergabe) werden, sondern einfach vergeben werden, führt dazu, das sich in Bremen ein Nährboden der Korruption breit gemacht hat .

Der Untersuchungsausschuss der Bremischen Bürgerschaft will im April seine Arbeit unter dem Vorsitz von Hermann Kleen (SPD) aufnehmen.

Erwartungen in die parlamentarischen Untersuchungskommissionen, die nicht mal zum Papiertiger taugen setzen wir nicht. Mal sehen wie die Krähen versuchen werden, sich aus der Affäre zu ziehen, und bei wem das fehlende Geld wieder mal eingespart und hereingeholt werden soll.

einen breiten Raum einräumen.

Wir rufen euch auf: Kommt nach Essen, bringt eure Erfahrungen mit! Laßt uns diskutieren und einen nächsten Schritt tun im Kampf für eine freie Welt jenseits der kapitalistischen Ausbeutung und der staatlichen Unterdrückung!

Die i2002 Organisationsgruppe der FAU-IAA

Die einzige Bedingung, die wir an diejenigen stellen, die an der i2002-Konferenz teilnehmen möchten, ist, dass sie den folgenden vier Prinzipien zustimmen.

1. Die Klasse derjenigen, die gezwungen sind ihre Arbeitskraft zu verkaufen (ArbeiterInnen-Klasse) und die Ausbeuter-Klasse haben nichts gemeinsam.
2. Die ArbeiterInnen-Klasse muß sich selbst organisieren um die Ausbeuter-Klasse zu bekämpfen.
3. Das wichtigste Kampfmittel der ArbeiterInnen-Klasse ist die Direkte Aktion.
4. Nur die ArbeiterInnen selbst können das globale System der kapitalistischen Ausbeutung beenden.

Kontakt: i2002, FAU-IAA, Wolfstraße 10 (Hh), 53111 Bonn e-mail: i2002@fau.org
Internet: www.fau.org/i2002

Randkommentar

Die Stadt muss sich bei Ausschreibungen und Vergaben von Aufträgen an die EU-Baukoordinationsrichtlinien halten, sobald ein Auftragswert über 5 Millionen • vorliegt. Was bei den Projekten, die in Verdacht stehen, immer erfüllt wurde. In Deutschland regelt die VOB (Verdingungsordnung für Bauleistungen) die Vergabe unter Anlehnung an die EU-Baukoordinationsrichtlinien . Laut VOB/Teil A (Verdingungsordnung für Bauleistungen) ist es nur möglich bei bestimmten Gründen die Ausschreibungen beschränkt oder frei zu vergeben (§3 VOB / Teil A). Keiner, der in der VOB / Teil A (§ 3) aufgeführten Gründe ist nach unserer Auffassung gerechtfertigt anwendbar bei den Vorwürfen in Bremen.

Sicherheitspaket als Trojanisches Pferd für den Überwachungsstaat

Im Zuge des 11. Septembers hat Schily das erreicht, was vorher 16 Jahre Kohlregierung nicht geschafft haben. Die grausame Utopie von George Orwells Roman 1984 nimmt Gestalt an. Nichts ist mehr sicher vor dem Staat. Alles ist möglich. Die Privatsphäre, ob nun zu Hause oder draußen auf der Straße gibt es nicht mehr. Und wer das nicht glaubt, sollte vielleicht mal die Augen aufmachen beim Einkauf oder Spaziergang in Bremen. Denn die Überwachung ist jetzt schon die Realität. Die Befugnisse sämtlicher Überwachungs- und Ermittlungsbehörden sind so weit erweitert worden das nichts mehr in diesem Staat unentdeckt bleiben darf. Das der vorgebliche „Rechtsstaat“ sich nun vollkommen verabschiedet ist nebensächlich. Schließlich gilt es ja Terroristen zu jagen und das hat der Bürger schließlich

zu unterstützen ohne wenn und aber. Das lässt sich der Staat dann auch mal eben 239 Millionen in diesem Haushalt kosten, und jedes darauffolgende Jahr weitere 99 Millionen. Die Tatsache, das es sonst in der Politik immer heißt für nichts ist Geld da, tut da nichts zu Sache. Schließlich kann man an anderen Ecken ja wieder Einsparungen machen. Und wenn das nicht hilft lässt sich bestimmt wieder irgendeine Steuer finden die man anheben kann.

Allein in Bremen werden in diesem Jahr 2 Millionen für die Durchsetzung des Sicherheitspaketes bereitgestellt und für 2003 ist auch schon ein Betrag von 3 Millionen zur Verfügung gestellt. Diese Gelder fließen ausschließlich in den Verfassungsschutz und zur Polizei. So soll allein der Verfassungsschutz in Bremen um 13 Vollkräfte aufgestockt werden.



Bremer Aktion
Zeitung der Syndikate der FAU-IAA
Lokalföderation Bremen

Redaktionsanschrift

FAU-IAA Lokalföderation Bremen
Postfach 10 56 74
D-28056 Bremen
e-mail: fauhb@fau.org
http://www.fau-bremen.de.vu

VisdP. M. Hilde
Auflage: 1000 Ex.

Abonnements können gegen Zusendung der Portokosten eingerichtet werden

Was der Verfassungsschutz leistet und wie er arbeitet hat sich erst letzters in peinlicher Weise beim NPD-Verbotsantrag gezeigt. Dass es im Bremer Verfassungsschutz nicht anders zugeht, hat uns kürzlich erst Innensenator Böse (CDU) mit seinem veralteten und vollkommen nichtsaussagenden Extremismus-Bericht gezeigt.

Die Tatsache, das 2/3 des Sicherheitspaketes nur dafür da sind um unsere nichtdeutschen BürgerInnen zu schikanieren macht die Sache nicht besser. Durch reine Verdachtsmomente liegt schon ein Grund zur Überwachung vor, dass heißt allein das Anschwärzen des Nachbarn würde reichen um die Geheimdienste auf den Plan zu rufen. Und

als wäre das noch nicht genug, wird jeder nichtdeutsche Bürger Identitätsbehandelt um im Falle eines Verbrechens pauschal mitüberprüfbar zu sein. Die Gesetze zielen also nur darauf, nichtdeutsche Bürger als

Kriminelle darzustellen und eine Integration zu verhindern. Das dann noch davon gesprochen wird, den Zwang der Integration durch Verpflichtung zu Sprach- und Staatsbürgerkurse einzuleiten, ist eine Verspottung der Menschenrechte.

Wenn dann noch solche Politikerkreaturen wie Stoiber sagen, dass sie im Falle eines Wahlsieges das Zuwanderungsgesetz noch mal verschärfen werden, so kann man wirklich sagen RASSISMUS MADE IN GERMANY wird wieder groß geschrieben.

Also Ja zur Überwachung und Ja zum Sicherheitsstaat so dass nichts mehr dem Zufall überlassen werde. Und seien wir mal ehrlich, wer braucht denn schon Kindergärten, Jugendzentren, Schulen, Theater und so einen Mist. Da ist es doch viel wichtiger zu wissen was der Nachbar macht oder besser nicht macht.

Homepage des SLE-FAU Bremen im Netz

Seit dem 14. März ist das „Syndikat der Lohnabhängigen und Erwerbslosen“ der FAU-IAA Lokalföderation Bremen im Internet erreichbar. Unter <http://www.fau-bremen.de.vu/> findet ihr eine Menge aktueller Infos und Berichte zu Arbeitskämpfen und Solidaritätsaktionen, grundlegende Texte und eine Liste der von den Syndikaten der Bremer FAU herausgegebenen Veröffentlichungen. Schaut einfach selbst mal rein, die Seite wird laufend aktualisiert und erweitert.

Freie ArbeiterInnen Union (FAU) angeschlossen an die Internationale ArbeiterInnen Assoziation (IAA)

Die FAU*IAA ist eine basisdemokratische Gewerkschaftsinitiative, in der wir uns organisiert haben, weil wir von den sozialpartnerschaftlichen, scheidemokratischen Funktionärsapparaten der herrschenden Gewerkschaften die Nase gestrichen voll haben. Wir pfeifen auf Sozialpartnerschaft und „Standortlogik“, die nur dazu führen dass die Reichen immer reicher werden, während immer mehr Menschen verarmen. Wir Arbeitenden sind es, die den gesellschaftlichen Reichtum produzieren den Staat und Bosse uns rauben. Ohne sie, in einer freien, selbstverwalteten Gesellschaft, in der alle mitentscheiden können, würde es uns besser gehen. Das nennen wir Anarchosyndikalismus. Und da wollen wir hin. Die Grundlage für Selbstverwaltung ist Verantwortung, gegenseitige Hilfe, Solidarität und eine gleichberechtigte Zusammenarbeit ohne Hierarchien und Privilegien aufgrund von Geschlecht und Geburtsort. Auf dieser Basis versuchen wir uns schon heute zu organisieren. Bei uns entscheiden die Vollversammlungen. FunktionärInnen haben und wollen wir nicht.



Kontakt:
FAU-IAA Lokalföderation
Bremen
Postfach 105674
D-28056 Bremen
eMail: fauhb@fau.org

Bildungssyndikat Bremen
c/o FAU-IAA Lokalföderation
Bremen
eMail: bsy-hb@fau.org

Syndikat der Lohnabhängigen
und Erwerbslosen
c/o FAU-IAA Lokalföderation
Bremen
eMail: sle-hb@fau.org
http://www.fau-bremen.de.vu/